

Das ist ein großer Teil meines Artikels, der am 1.5.2022 in der Zeitschrift „Gendai no riron (Theorien der Gegenwart)“ in Japan veröffentlicht wurde. Er ist ein auf Japanisch geschriebener Artikel, den ich jetzt mit dem Übersetzungsprogramm „deepl.com“ übersetzt habe. Ich hoffe aber, dass Sie ihn gut verstehen.

Wie regiert die deutsche Regierung im neuen Zeitalter des Krieges?

I. Die Zeiten haben sich geändert" und die Verteidigungspolitik hat eine 180-Grad-Wende vollzogen

Bundeskanzler Scholz nutzte diese Notsituation des Invasionskriegs in der Ukraine und erklärte drei Tage später, am 27. Februar, im Parlament: "Die Zeitenwende hat stattgefunden". Er kündigte an, zunächst die Bundeswehr mit einem Fonds von 100 Milliarden Euro (ca. 13 Billionen Yen) zu modernisieren und die Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahren auf über 2 % des BIP zu erhöhen, wie es die USA zuvor nachdrücklich gefordert hatten.

Betrachten wir nun, was die alte Ära und was die neue Ära für Deutschland ist.

Zuvor ist es wichtig zu bekräftigen, dass der von Präsident Putin befohlene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine Verletzung des Völkerrechts gemäß Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta darstellt, der die Anwendung von Gewalt zur Beilegung internationaler Streitigkeiten verbietet, und dass das Vorgehen der Ukraine auf der Ausübung ihres Rechts auf individuelle Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta beruht. Präsident Putin, der wieder falsche Behauptungen aufstellt, seine Armee habe keine Zivilisten getötet, ist ein Kriegsverbrecher.

Bundeskanzler Scholz scheint unter der alten Ära den Zeitraum vom Ende des Kalten Krieges bis zur Gegenwart zu verstehen: Am 3. Dezember 1989 erklärten US-Präsident George W. Bush und der sowjetische KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow auf der Mittelmeerinsel Malta das Ende des Kalten Krieges. Seitdem hat Europa, angeführt von Deutschland, eine Periode des Friedens und des Wohlstands erlebt.

Unmittelbar nach dem Kalten Krieg wurde vor allem in den USA das Argument der "Friedensdividende" diskutiert. Der Gedanke ist, dass das Ende des Kalten Krieges eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben ermöglichte, die dann in die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Wohlstand fließen konnten. Die Clinton-US-Regierung (1993-01) versprach eine "Friedensdividende" und senkte die Verteidigungsausgaben von rund 6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) während des Kalten Krieges auf weniger als 3 %. Dies trug wesentlich zur Verringerung des Haushaltsdefizits und zur wirtschaftlichen Erholung bei.

Im Jahr 1990, als Deutschland noch Westdeutschland war, beliefen sich die Verteidigungsausgaben auf 2,7 % des BIP, aber nach der Wiedervereinigung 1990 gingen sie weiter zurück und fielen auf 1,2 % des BIP im Jahr 2002. Seitdem ist sie auf etwa 1,5 % zurückgegangen. In den 1960er Jahren hatte die Bundesrepublik Deutschland etwa 500.000 Soldaten. In den zehn Jahren vor der Abschaffung der Wehrpflicht waren es nur noch 140.000. Die US-Militärpräsenz in Westdeutschland betrug während des Kalten Krieges mehr als 300.000 Soldaten, heute sind es nur noch 60.000.

In den 1990er Jahren betrug der russische Militärhaushalt weniger als 3 % seines Budgets, stieg aber 2014 und 15, als Russland die Halbinsel Krim annektierte, auf fast 5 % an. In den

letzten Jahren waren es knapp über 4 % bei 7 Billionen. Der gesamte Militärhaushalt der NATO-Mitglieder ist angeblich 17 Mal so hoch wie der Russlands. Wird dieser Unterschied wirklich einen wesentlichen Einfluss auf den Ausgang des Krieges haben?

Deutschlands Reichtum aus der "Friedensdividende"

Deutschland ist wohl das Land, das die größte "Friedensdividende" erhalten hat: die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990, die ohne das Ende des Kalten Krieges nicht möglich gewesen wäre. Die drastische Kürzung des Militärhaushalts und die Abschaffung der Wehrpflicht wurden bereits erwähnt.

Außerdem hat Deutschland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sehr günstige Beziehungen zu Russland bei der Einfuhr fossiler Brennstoffe entwickelt. Insbesondere das Erdgas wurde für die deutsche Industrie durch ein Netz von Pipelines gesichert, die zudem leicht zu transportieren sind und eine stabile Versorgung gewährleisten. Es muss nicht umständlich per Schiff um den halben Globus transportiert werden, wie in Japan. Diese stabile Versorgung mit fossilen Brennstoffen hat Deutschland in den letzten Jahren eine vorteilhafte Position im Hegemoniekampf mit den USA und China bei der grünen Transformation der Wirtschaft verschafft. Insbesondere Erdgas sollte eine wichtige Rolle als Überbrückungsenergie spielen, bis die Kohlenstoffneutralisierung erreicht ist, da es weniger CO₂ emittiert und einen mehr als doppelt so hohen Heizwert hat.

Wie sehr russisches Erdgas eine zentrale Rolle in der deutschen Energiepolitik spielen sollte, zeigt sich an Nord Stream 2, dessen Verlegung im vergangenen Jahr abgeschlossen wurde. Wenn die Pipeline in Betrieb genommen wird, steigt die Abhängigkeit Deutschlands von Russland bei Erdgas von 55 % des Bedarfs vor der Invasion auf 70 %. Eine tödliche Abhängigkeit, die aber zeigt, wie viel Vertrauen die deutsche Regierung und die Wirtschaft in Putin hatten. Und sie reagierten auf die Warnungen der USA und der EU mit dem folgenden Slogan.

"Wandel durch Handel"

Der Slogan drückt die Vorstellung aus, dass sich das Land auf natürliche Weise in ein Land verwandeln wird, das die Menschenrechte und die Demokratie achtet, wenn es seine wirtschaftliche Verflechtung mit den autoritären Regimen Russlands und Chinas stärkt und sie in die internationale Gemeinschaft einbindet.

Dies scheint auf jeden Fall der Fall zu sein, wenn man sich den Verlauf der Demokratisierung bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion ansieht. Die Demokratisierungsversuche von Generalsekretär Gorbatschow wie Perestroika (Umstrukturierung) und Glasnost (Offenlegung von Informationen) waren das Ergebnis des Aufbaus der Ostdiplomatie und der Wirtschaftsbeziehungen in Deutschland, die durch eine Haltung der Sühne eröffnet wurden, als Bundeskanzler Brandt (SPD) am 3. Dezember 1970 vor dem Denkmal für die Helden des Ghettos in Warschau niederkniete. Dies führte 20 Jahre später zum Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges. Betrachtet man die Geschichte auf diese Weise, so scheint die These richtig zu sein, dass eine Vertiefung des Austauschs systemische Reformen fördern würde.

Am 25. September 2001 wurde Präsident Putin eingeladen, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Da er erst 18 Monate zuvor das Präsidentenamt übernommen hatte, war er nervös und hielt seine Rede in fließendem Deutsch, das er sich während seiner Dienstzeit als KGB-Offizier in Dresden angeeignet hatte. Dort sagte er, dass Russland ein Land voller freundschaftlicher Gesinnung sei, und schlug den Aufbau neuer bilateraler Beziehungen und eines neuen europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage von

Demokratie und Freiheit vor. Doch die westlichen Staats- und Regierungschefs, die sich auf dem Siegeszug des Kalten Krieges befanden, hörten nicht auf seine Vorschläge. Putin, dem ein ausgeprägtes Opfergefühl nachgesagt wird, könnte zu diesem Zeitpunkt bereits einen Sinn für Rachsucht entwickelt haben, und die Annexion der Krim im Jahr 2014 soll ein Signal dafür gewesen sein.

Die Koalitionsregierung von Bundeskanzlerin Merkel und der SPD scheint dieses Signal verpasst zu haben. Sie haben Putin überhaupt nicht gelesen und ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen erhöht. Und im Jahre 2015, unmittelbar nach der Annexion, begannen sie mit dem Bau von Nord Stream 2. Putin selbst hat offenbar gelesen, dass Deutschland und die EU (einschließlich der NATO) so stark von russischen fossilen Brennstoffen abhängig sind, dass sie sich im Falle eines russischen Einmarsches in die Ukraine nicht intervenieren würden. Außerdem haben sie offenbar nicht mit dem verzweifelten Widerstand des ukrainischen Volkes gerechnet. Letztlich hat der "Handel für den Wandel" in Bezug auf Putins Russland nicht funktioniert.

Die 180-Grad-Wende von Ministerpräsident Scholz in der Verteidigungspolitik ist noch nicht in die Tat umgesetzt worden. Er sagte, er werde Waffenlieferungen an die Ukraine zulassen, aber der Premierminister hat keine konkrete Ankündigung gemacht. In der Zwischenzeit wurden Panzerabwehr- und Flugabwehrraketen bereitgestellt. Verteidigungsministerin Lambrecht (der im Alter von 17 Jahren in die SPD eingetreten ist) hat erklärt, dass sie keine konkrete Ankündigung zu Waffentransfers machen wird, weil dies die Lieferwege in die Ukraine gefährden würde. Dies hat zu Kritik in den Medien geführt.

Ministerin Lambrecht ist ein Veteran unter den Ministern, aber sie ist zum ersten Mal im Verteidigungsbereich tätig. Sie kam aufgrund der parteiinternen Personaldynamik auf diesen Posten, aber sie selbst hat wahrscheinlich nicht damit gerechnet, dass dieser Posten so sehr im Rampenlicht stehen würde, wie es jetzt der Fall ist. Jeden Tag kritisiert die Ukraine Deutschland dafür, dass es ihr nicht die gewünschten Waffen liefert. Daraufhin erklärte der Ministerin, Deutschland sei der größte Geber für die Ukraine und habe seit 2002 2,6 Milliarden Euro an Hilfe für die Ukraine bereitgestellt.

Die Grünen werden bei Waffenlieferung aktiver

Die Grünen sind in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine aktiver als die SPD. Als erster sprach Herr Habeck, der die Ukraine im vergangenen Sommer besucht hatte. Bei seiner Reise in die Ostukraine, wo die Kämpfe mit prorussischen Gruppierungen andauern, sagte er, dass Waffen zu Verteidigungszwecken bereitgestellt werden sollten, und wurde nach seiner Rückkehr in die Heimat heftig kritisiert.

Außenminister Baerbock (Grüne) sagte am 11. April, dass der Ukraine Offensivwaffen zur Verfügung gestellt werden sollten. Dazu gehören auch Langstreckenartillerie und Panzer. Derzeit wird die Bereitstellung dieser Waffen nicht nur von der Führung, sondern auch von 72 % der Parteimitglieder unterstützt, wie eine Umfrage ergab. Der Wandel der Grünen Partei, die noch vor kurzem den Pazifismus als Wegweiser benutzt hat, ist bemerkenswert.

Innenministerin Bäder (SPD) hat die Sicherung der Katastrophenschutzeinrichtungen im Land angeordnet. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden Zivilschutz- und Luftverteidigungsanlagen abgebaut, da Kampfhandlungen und Luftangriffe auf deutschem Boden als unmöglich galten, aber der Abbauprozess wird zunächst gestoppt. Derzeit gibt es 600 solcher Einrichtungen, die zunächst daraufhin überprüft werden sollen, ob sie genutzt werden können.

In Berlin gibt es noch einige Luftschutzbunker aus dem Zweiten Weltkrieg. Sie befanden sich nicht nur unterirdisch, sondern auch als oberirdische, etwa dreistöckige Bauwerke, die

durch mehr als einen Meter hohe Stahlbetonwände geschützt waren und Hunderte von Zivilisten vor Luftangriffen schützten. Als ich ihn zum ersten Mal sah, war ich von dem riesigen Bauwerk mit den dicken Wänden überrascht, aber als ich hörte, dass es sich um einen Luftschutzbunker handelte, erinnerte er mich an die billigen Luftschutzbunker in Japan.

Die Regierung sagt, dass sie die Wiedereinführung der Wehrpflicht noch nicht in Erwägung zieht, aber laut einer Umfrage des Wochenmagazins Focus wünschen 47 % der Befragten die Wiedereinführung der Wehrpflicht, mehr als die 34 %, die sie ablehnen.

II. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Zukunft der grünen Wirtschaftstransformation in Deutschland

Als Bundeskanzler Scholz erklärte, dass "wir in eine neue Ära eingetreten sind", dachte der stellvertretende Bundeskanzler Habeck wahrscheinlich daran, dass die von der Regierung geplante Vision einer grünen Wirtschaft und damit eines Übergangs zu einer ökologischen Gesellschaft nicht mehr realisierbar war.

Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand und seine innovative Energiepolitik in den letzten 30 Jahren waren nur möglich dank der billigen fossilen Brennstoffe aus dem benachbarten Russland, einem Bonus aus der "Friedensdividende". Wir können auch sehen, dass die Vision der Kohlenstoffneutralität in 45 Jahren eine Erweiterung der Vorteile war, die Putin brachte, nämlich billige fossile Brennstoffe aus Russland, insbesondere Erdgas. Nach dem Plan der Scholz-Regierung sollte die Energie, die den Kohleausstieg bis 2030 und die Kohlenstoffneutralisierung der Elektrizität bis 2035 unterstützen sollte, hauptsächlich aus russischem Erdgas stammen. Überspitzt ausgedrückt war es ein auf Sand gebauter Turm namens Putin.

Wäre die Nord Stream 2, eine 1.230 km lange Pipeline auf dem Meeresgrund der Ostsee, deren Verlegung im Juni letzten Jahres abgeschlossen wurde (die Baukosten betragen 1,3 Billionen Yen), in diesem Jahr in Betrieb genommen worden, hätte die Gasabhängigkeit Deutschlands, wie oben erwähnt, die kritische Grenze von 70 % erreicht. Warum hat Putin nicht gewartet? Eine rationale Erklärung gibt es nicht. Die Pipeline wird wahrscheinlich auch "Putin Stream" genannt werden und als industrielles Relikt des Jahrhunderts unter Wasser bleiben.

Großartige Arbeit des Ministers für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck

Robert Habeck, Minister für Wirtschaft und Klimaschutz, wurde vom deutschen Magazin "Spiegel" witzigerweise als "Wirtschaftsminister der Kriegszeit" bezeichnet. Der Einmarsch Russlands in der Ukraine hat Deutschland gezwungen, seine bisherige Wirtschaftspolitik grundlegend zu ändern. Denn die fossilen Energieträger aus Russland, vor allem Erdgas, die die Grundlage der Energie-Politik bilden, hängen ganze Zeit wie ein Damoklesschwert über Deutschland.

Als erste konkrete Maßnahme hat Minister Habeck die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, in ihrem Umfeld mit dem Energiesparen zu beginnen. Zweitens koordiniert die Regierung erstens die Einstellung der Einfuhren von Kohle, die aus anderen Quellen bezogen werden kann, sowie von Öl, und zwar so schnell wie möglich. Der Minister hat angekündigt, dass es ihm gelungen ist, bis zum Sommer eine alternative Versorgung mit Kohle und bis Ende des Jahres mit Öl sicherzustellen.

Das Problem ist Erdgas. Bis zum Ausbruch des Krieges wurden 55 % aus Russland, 31 % aus Norwegen und 13 % aus den Niederlanden eingeführt. Wenn die Gaslieferungen aus Russland eingestellt werden, gibt es keine andere mögliche Gasquelle. Bislang wird Erdgas aus Russland über technisch einfache und kostengünstige Pipelines transportiert, während es sich bei den Gasimporten aus dem Nahen Osten und den USA um technisch komplexes und teures Flüssigerdgas (LNG) handelt. Es wird in speziellen LNG-Tankern transportiert und erfordert einen Terminal zum Entladen, aber Deutschland verfügt über keinen Hafen mit solchen Einrichtungen. Es wird geschätzt, dass der Bau eines Terminals mindestens zwei Jahre dauern wird.

Die Gasnachfrage entfällt zu 36 % auf die Industrie, zu 30 % auf die Haushalte, zu 13 % auf die Elektrizitätswirtschaft und zu 12 % auf Handel und Dienstleistungen. Wenn die Gaslieferungen unterbrochen werden, sind Sektoren wie die chemische Industrie, die Stahlindustrie, die Glasindustrie, die Papierindustrie und die Lebensmittelindustrie gezwungen, ihre Produktion ganz oder teilweise einzustellen. Das pessimistische Szenario für die Industrie ist, dass diese Anlagen nach ihrer Schließung z. B. nach Osteuropa oder China verlagert werden und nicht nach Deutschland zurückkehren werden. Seit dem Einmarsch in der Ukraine hat Minister Habeck die Gasabhängigkeit vorerst von 55 % auf 40 % reduziert, und es wurde angekündigt, dass diese bis in 24 Jahren auf 10 % gesenkt werden könnte. Wenn Putin bis dahin den Haupthahn zudreht, wird der Schaden für Deutschland immens sein.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland ist in den letzten Jahren unter Merkel ins Stocken geraten (2005 wurden 1405 Windkraftanlagen gebaut, 2006 waren es 538, 2007 243, 2008 217 und 2009 254), was die Abhängigkeit des Landes von Putin erhöht hat.

Putins Angriffskrieg war jedoch paradoxerweise ein Kamikaze-Rückenwind für den Übergang Deutschlands zu einer grünen Wirtschaft. Als die Regierung Scholz im Dezember letzten Jahres ihre Politik zur Umgestaltung der grünen Wirtschaft als "Jahrhundertprojekt" vorstellte, stellten viele Experten und Bürger die Machbarkeit dieses ehrgeizigen Projekts in Frage. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine hat man jedoch verstanden, dass die schnellstmögliche Wiederbelebung des Landes der Schlüssel zu seinem Überleben ist.

Mit anderen Worten: Rasche Wiederbelebung der erneuerbaren Energie ist ein Gebot der Stunde. So sieht das von Minister Habeck anlässlich des Osterfestes (Mitte April) angekündigte "Osterpaket" vor, dass 2 % der Landesfläche für die Windenergie genutzt werden und 80 % des Stroms bis 2030 aus erneuerbaren Energien stammen sollen. Dort dürfen sogar in Naturschutzgebieten Windkraftanlagen für die Windenergie errichtet werden, und auch der Vogel- und Wildtierschutz gefährdet wird, wenn es naturschutzfachliche Alternativen gibt. Diese Vorschläge wurden bereit vom Kabinett gebilligt und müssen bis zum Sommer vom Parlament zugestimmt werden.

Anschließend wurden in Absprache mit der Industrie ein Notfallplan festgelegt, um die Einstellung der Gaslieferungen aus Russland vorzubereiten. In drei Stufen unterteilt, wird auf Stufe 1 eine Frühwarnung ausgegeben und das notwendige Kommunikationsnetz aufgebaut. Auf Stufe 2, wenn die Gasvorräte zur Neige gehen, wird flexibel reagiert. Auf Stufe 3 wird Gas nur an die Bereiche der Gesellschaft geliefert, die es zur Aufrechterhaltung des sozialen Lebens benötigen, wie Krankenhäuser, Haushalte, Feuerwachen und die Polizei. Es wird ein staatliches System der Gasrationierung eingeführt, das dem der Kriegszeit ähnelt.

Minister Habeck hat schnell gehandelt: Seit dem 24. Februar ist er zunächst in die USA geflogen, um sich eine Importquote für Fracking-LNG-Gas zu sichern. In der darauffolgenden

Woche flog er nach Katar und gab die gleiche Zusage für den Import von LNG-Gas. In Deutschland wurde er kritisiert, weil man sagte, es gebe keinen Unterschied zwischen Importen aus Russland und Importen aus Katar, einem Land, in dem die Menschenrechte nicht geachtet werden, als ginge es um die Wahl zwischen Pest und Cholera, aber als Habeck erklärte, er könne in solchen Notständen nicht umkehren, schien die Öffentlichkeit zuzustimmen.

Darüber hinaus hat die ukrainische Regierung um große Mengen an Waffenlieferung gebeten, aber Verteidigungsminister Lambrecht hat die schmerzliche Entschuldigung vorgebracht, dass die deutsche Bundeswehr der Ukraine keine Waffen und Munition liefern kann, weil sie sich die von der NATO geforderten Mindestreserven auf ihrem eigenen Territorium kaum leisten kann. Die einzige Möglichkeit, die bleibt, ist, Hilfsgelder aus Deutschland zu verwenden, um deutsche Waffenhersteller mit der Produktion zu beauftragen. Hierfür ist eine Ausfuhrgenehmigung erforderlich. Die Ausfuhrgenehmigung für Waffen unterliegt dem Wirtschaftsministerium. Ukrainische Beamte haben das Wirtschaftsministerium gelobt, da es sehr verständnisvoll sei und die Genehmigungen schnell freigebe.

III. Das Zögern des deutschen Bundeskanzlers

Präsident Selenskyj hatte den Westen (NATO) aufgefordert, im März ein Flugverbot über der Ukraine zu verhängen. Dies wurde jedoch nicht umgesetzt, da man befürchtete, dass dies Kampfhandlungen nach sich ziehen würde, wie z. B. den Abschuss russischer Kampfflugzeuge, die in die Ukraine fliegen, was zu einer direkten Konfrontation zwischen russischen und NATO-Streitkräften, dem Einsatz von Atomwaffen und sogar dem Dritten Weltkrieg führen könnte. Präsident Wladimir Putin hat mit dem Gedanken an den Einsatz von Atomwaffen geliebäugelt.

Im April schlug das ukrainische Militär den ersten russischen Angriff mit großem Aufwand zurück, doch in den letzten Wochen drängte es den Westen, Offensivwaffen zu liefern, um den nächsten Angriff vorzubereiten. Die Tschechische Republik, die USA und andere Länder haben begonnen, Lieferungen zu gewähren, aber Deutschland zögert noch. Präsident Selenskyj hat diese schwelende deutsche Haltung scharf kritisiert.

Im In- und Ausland wird nun die Frage gestellt, wann Bundeskanzler Scholz Kiew besuchen wird. Während andere EU-Staats- und Regierungschefs und der britische Premierminister bereits Kiew besucht haben, hat Bundeskanzler Scholz, dessen Äußerungen und Handlungen als wichtigster EU-Staats- und Regierungschef genau beobachtet werden, noch keine Anzeichen eines Einknickens gezeigt. Aus den Reihen der Sozialdemokraten ist zu hören, dass er so schnell wie möglich kommen sollte, aber es heißt, er treffe derzeit Vorkehrungen, da der Besuch auch einige Zugeständnisse erfordere, wie z. B. die Erlaubnis, Offensivwaffen zu liefern.

Lange Zeit blieb er stumm, doch am 19. Juni gab er schließlich eine Pressekonferenz. Neben der für Scholz typischen Abstraktion versprach er lediglich 130 Milliarden Yen an Wirtschaftshilfe, was die ukrainische Seite enttäuschte. Einige seiner deutschen Koalitionskollegen, die Abgeordneten der Grünen und der FDP, bezeichneten dies ebenfalls als enttäuschend. In einer Umfrage des Magazins Spiegel sahen 65 % der Leser einen führungsschwachen Kanzler.

Angesichts der sich hinziehenden Kämpfe in der Ukraine ist unklar, was mit dem führenden EU-Mitglied Deutschland geschehen wird. Dennoch bleibt es ein großes Rätsel, warum Präsident Putin einen Angriffskrieg begonnen hat, aus dem Russland keinerlei Nutzen

zieht. Wir können nur für die Seelen der Zehntausenden von ukrainischen Bürgern beten, die für die Wahnvorstellungen eines Diktators getötet wurden.

In Berlin, 20. April 2022.

Hiroomi Fukuzawa